

Religiöse Minderheiten in Indien

300 christliche Leiter fordern mehr Freiheit



Viel zu wenig Religionsfreiheit

Quelle: Unsplash/ Gayatri Malhotra

Mehr als 300 christliche Leiter in den USA fordern die Regierung auf, Indien als «Land von besonderem Interesse» einzustufen, um gegen die zunehmende Verfolgung religiöser Minderheiten unter Premierminister Modi vorzugehen.

Vor dem Hintergrund zunehmender Menschenrechtsverletzungen und zunehmender Gewalt gegen Christen in Indien haben mehr als 300 christliche Leiter in den USA [einen eindringlichen Appell](#) an das US-Aussenministerium gerichtet.

Die Forderung zielt darauf ab, Indien offiziell als [«Country of Particular Concern» \(CPC\)](#) einzustufen. Bislang wurde Indien für die Liste ab 2020 vorgeschlagen, aber

nicht aufgenommen.

Die Gewalt gegen religiöse Minderheiten in Indien habe unter der seit 2014 amtierenden [hindu-nationalistischen Regierung](#) von Premierminister [Narendra Modi](#) erheblich zugenommen, heisst es in dem Brief.

Die Unterzeichner prangern die Verfolgung an, die ihrer Meinung nach durch eine «Hindu-ethno-nationalistische oder Hindutva-suprematistische politische Ideologie» angeheizt wird, die die Identität indischer Bürger mit einer militanten Hindu-Ideologie vermischt.

Säkulare Demokratie verzerrt

«Infolgedessen sind sowohl die hinduistische Religion als auch Indiens verfassungsmässige säkulare Demokratie stark verzerrt worden, was zu alarmierenden staatlich sanktionierten Gewalttaten gegen Christen, untere Kasten und andere religiöse Minderheiten auf den Strassen und innerhalb staatlicher Strukturen geführt hat», heisst es im Schreiben weiter.

Die christlichen Führer fordern die US-Regierung auf, indische Regierungsbeamte für die Verletzung religiöser Freiheiten zur Verantwortung zu ziehen und gezielte Sanktionen zu erwägen.

Ausserdem wird die Unterstützung unabhängiger religiöser und Menschenrechtsorganisationen in Indien und den USA gefordert. Der Brief an Aussenminister Antony Blinken betont, dass das Schweigen der USA im Widerspruch zu ihrer geopolitischen Allianz mit Indien stehe und fordert das Aussenministerium auf, diese schwerwiegenden Verletzungen nicht zu ignorieren.

Christliche Schulen nicht mehr finanziert

«Die indische Regierung hat die Finanzierung hunderter christlicher Schulen und Krankenhäuser eingestellt, die Menschen aller Kasten und Religionen ausgebildet und gepflegt haben», wird in dem Appell weiter kritisiert.

«Internationale Hilfe wird durch die drakonische Anwendung des indischen 'Foreign Contribution Regulation Act' verhindert, was Tausende von international anerkannten Organisationen wie 'Amnesty International', 'Compassion International', 'World Vision' und 'Mother Teresas Missionaries of Charity' betrifft. Dadurch sind die indischen Christen isoliert, verängstigt und in einer prekären Lage.»

Die christlichen Leiter in den USA hoffen, mit ihrem Appell eine Änderung der Haltung der US-Regierung herbeizuführen und damit die Situation der verfolgten Minderheiten in Indien zu verbessern.

Zum Thema:

[Good News aus Indien: Indisches Gericht entscheidet für Christen](#)

[250 Kirchen in Manipur zerstört: EU-Parlament besorgt über religiöse Krise in Indien](#)

[Wahlen in Indien: Indische Christen beten für ihre Zukunft](#)

Datum: 16.08.2024

Autor: Anugrah Kumar/Daniel Gerber

Quelle: Christian Post/gekürzte Übersetzung: Livenet

Tags

[Verfolgung](#)

[Asien](#)